

# **Die Wohnungen um öffentliche Bereiche erweitern = Compléter les logements par des espaces publics = Expansion of living space into the public domain**

Autor(en): **Mühlestein, Erwin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Werk, Bauen + Wohnen**

Band (Jahr): **69 (1982)**

Heft 9: **Bauen und Ökologie**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-52697>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erwin Mühlestein

# Die Wohnungen um öffentliche Bereiche erweitern

«Nicht die einzelne Wohneinheit ist massgebend; es ist die Anordnung der Wohneinheiten zum Ganzen, welche einen Einfluss auf das soziale Leben der Bewohner ausübt.»

Jean-Baptiste Godin (1817–1888)

Der (Massen-)Wohnungsbau unserer Tage hat sich grundsätzlich, seit dem Aufkommen des neuzeitlichen Städtebaus als Folge der industriellen Revolution und der damit verbundenen Landflucht bis in die Gegenwart, nicht verändert. Mit dem Auf- und Nebeneinanderschichten der in sich abgeschlossenen Wohneinheiten um die auf ein Mindestmass reduzierten halböffentlichen Zugangsbereiche wurde der Individualismus gefördert und die alte Solidarität zerstört. Gewiss, die sanitarischen Einrichtungen wurden seitdem enorm verbessert, die einzelnen Wohnungen besser belichtet und ihre Wohnflächen vergrößert. Was aber einen sozialen Zusammenhang innerhalb der Hausbewohnerschaft hätte fördern können, wurde bewusst nie weiterentwickelt.

Heute ist die Ausgangslage eine andere. Von der industriellen Revolution geprägt, entwickelt sich unsere gegenwärtige Gesellschaftsform zu einer solchen mit postindustriellem Charakter. Der wirtschaftliche Mehrwert wird nicht mehr von Menschen, sondern von Automaten produziert. Die Zuwachsraten sinken, weil die «Grenzen des Wachstums» erreicht sind. Immer mehr Arbeitskräfte werden als Folge dieser sogenannten «Strukturkrise» von der Arbeit «freigesetzt» und erleiden dies als «Arbeitslosigkeit», was sie nicht selten auf persönliches Versagen zurückführen und mit Neurosen bezahlen. Dass der gegenwärtig auf Produktion und Konsumation reduzierte Lebensinhalt der grossen Masse ein anderer und dass die Lebensform – nicht zuletzt durch die Wohnform – eine andere werden muss, diese Einsicht hat sich leider noch viel zu wenig durchgesetzt.

## Compléter les logements par des espaces publics

«Ce n'est pas l'unité d'habitat isolée qui prévaut, mais la disposition de ces unités en un tout qui exerce une influence sur la vie sociale des habitants.»

Jean-Baptiste Godin (1817–1888)

Malgré l'avènement de l'urbanisme contemporain résultant de la révolution industrielle et de l'exode rural qui se poursuit encore, le logement (de masse) actuel ne s'est pas fondamentalement modifié. La superposition et l'alignement d'unités refermées sur elles-mêmes et la réduction des zones d'accès semi-publiques à un minimum ont accentué l'individualisme et détruit la solidarité d'antan, ce qui a grandement contribué au développement du capitalisme. Certes, les équipements sanitaires se sont beaucoup améliorés depuis, les logements sont devenus plus clairs et les surfaces habitables se sont accrues. Pourtant, tout ce qui aurait pu favoriser la cohésion sociale parmi les habitants a été volontairement négligé.

De nos jours, la situation de départ est autre. Marquée par la révolution de l'industrie, la forme de notre société prend un caractère postindustriel et pose des conditions de base très différentes. La plus-value économique n'est plus le fait des hommes mais des machines. Les taux d'accroissement diminuent car les «limites de la croissance» sont atteintes. Cette «crise de structure libère» de plus en plus de personnes actives du processus de travail. Celles-ci subissent cette situation en tant que «chômeurs», y voient souvent un échec personnel qu'elles doivent ensuite payer sous forme de névroses. L'activité des masses qui passent leur vie à produire et à consommer, ainsi que la forme de cette vie doivent changer et notamment par la manière d'habiter. Il s'agit là d'une évidence qui est malheureusement encore très loin d'être reconnue.

## Expansion of living space into the public domain

«The determining factor is not the individual housing unit; it is the relation of the units to the whole environment that exerts an influence on the lives of the residents.»

Jean-Baptiste Godin (1817–1888)

Mass housing construction has not fundamentally changed since the rise of modern urbanism as a consequence of the Industrial Revolution and the attendant flight from the land. Self-contained units were jumbled together around semi-public access areas, reduced by building codes to a minimum; this promoted individualism and destroyed the old spirit of solidarity, which was one of the basic conditions for the growth of capitalism, and still is. Of course, sanitary installations have been enormously improved, homes are better lighted and are larger. However, anything that might have fostered social cohesion among residents has been deliberately ignored.

At present, the situation is different. Our present society is developing into a post-industrial society, which is entirely different in character. Economic surplus value is no longer produced by human labour, but by machines. Growth rates are declining because the «limits of growth» have been reached. Increasing numbers of workers are being «released» from labour as a result of this «structural crisis», and feel that they are «unemployed»; many ascribe this to personal failure and become neurotic. We are still not sufficiently aware that the substance of our lives, now reduced to production and consumption, and the form of our lives must change, the latter not least by way of changes in housing.



**1 Die Isolierung der Bevölkerung durch die Baugestalt**

Der heutige Wohnungsbau ist praktisch einzig auf die Kleinfamilie und ihren Weiterbestand hin ausgerichtet. Und da im Mehrfamilienhausbau – der Wohnform für die Mehrheit der Bevölkerung – die öffentlichen bzw. halböffentlichen Flächen aus renditemässigen Gründen auf das notwendigste, baupolizeilich verordneten Mindestmass beschränkt sind, ist von der baulichen Seite her auch alles zur Trennung der Bevölkerung in Kleinfamilien – ohne wesentliche Kontakte untereinander – getan.

Die Zugangsbereiche, wie die den Wohnungen vorgelagerten Treppenhäuser, dienen nur noch in Notfällen, wie etwa bei Brandausbruch oder wenn der Aufzug in Revision ist. Ansonst sind diese Bereiche dazu da, als Bindeglied zwischen privaten und öffentlichen Flächen die Hausbewohner voneinander abzutrennen. In ihrer Funktion, ähnlich derjenigen von «Schleusen», lassen diese Verbindungsschächte weder von innen nach aussen noch umgekehrt irgendein «Leben» durch. Sie sorgen für die notwendige Anonymität der Hausbewohner, die von der Mehrheit, aus Unkenntnis ihrer Lage – darüber darf man sich nicht täuschen – gewünscht wird. – Bei einer Umfrage von Ulfert Herlyn über die «Motivation der Hochhausbewohner» empfanden es in Deutschland vor einigen Jahren mehr als 52 Prozent der Befragten als durchaus positiv, dass «man sich nicht so gut kennt und abgeschlossener lebt». Ein Drittel der Befragten gab ausserdem an: «Im Hochhaus lebt man vollkommen isoliert wie im Einfamilienhaus – aber eben doch nicht ganz allein im Haus.»

**2 Das Wohnen im Einfamilienhaus als ideale Wunschvorstellung**

Bei allen Umfragen unter der in Mietabhängigkeit wohnenden Bevölkerung nach der idealen Wohnform kommt immer wieder dasselbe Resultat heraus. Regelmässig zwischen 70 und 80 Prozent der Befragten gibt «das Wohnen im (wohlverstandenen!) Einfamilienhaus an». – Eine Wohnform, die die Isolierung der Bevölkerung noch stärker fördert als der Mehrfamilienhausbau und die praktisch von allen staatstragenden Parteien, u.a. mit Steuererleichterungen und günstigen Krediten, kräftig gefördert wird. «Bis heute bekommt derjenige am meisten vom Staat, der Geld genug hat, sich selbst ein Haus zu bauen: Eigentum gleich Einfamilienhaus.»

«Der weitverbreitete Zug zum eigenen Häuschen charakteri-



siert», wie Arno Plack in seinem Buch «Ohne Lüge leben» schrieb, «auch den Menschen, der in der Konkurrenzsituation des Betriebes ein Bedürfnis nach Absonderung entwickelt und bei schwindendem Gemeinschaftsgefühl von den Nachbarn sich soweit als möglich absondern will.» Nach Plack besteht «dafür ein besonderes, staaterhaltendes Kalkül: die Erwägung, dass Menschen, die ans Bauen denken, die an Bausparverträge gebunden sind oder sogar schon an Hypotheken, so leicht nicht gegen die geltende staatliche und moralische Ordnung aufmucken.»

Bis zu 80 Prozent ihres Einkommens opfern deutsche «Häuslebauer» zurzeit für die «Eigentumsbildung» und sind in Zeiten der Rezession dankbare Opfer der Bauzinschröpfung. Für viele wurde inzwischen «der Traum zum Trauma».

Die Kulturlandverschwendung durch den Einfamilienhausbau sei nur nebenbei erwähnt. Ebenso die Tatsache, «dass die öffentliche Hand», nach einer Berechnung aus dem Jahre 1976, «bis zu 80 000 Mark für jede (aus der Stadt) abwandernde Familie aufwenden muss, wenn im Umland neue Infrastrukturen bereit-zustellen sind».

**3 Alternative Wohn- und Lebensformen als Gefährdung herrschaftlicher Machtstrukturen**

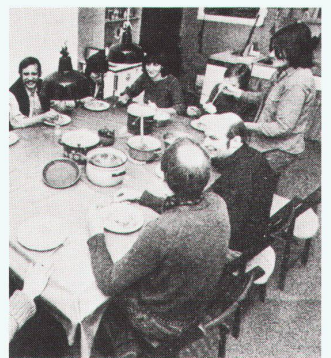
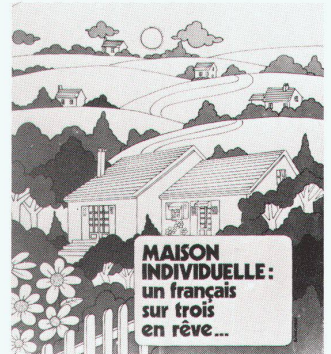
Alternativen zu anderen als den vorbestimmten Wohn- und Lebensformen sind heute nicht für alle möglich. Meist können sich nur Jugendliche, die noch nicht im Erwerbsleben stehen, oder freiberuflich Tätige, die auf eine bürgerliche Karriere verzichten, es sich leisten, in Wohngruppen, Kommunen oder Landkollektiven zu leben. Für die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung stehen solche Möglichkeiten nicht offen. Die meisten von ihnen sind, wollen sie ihre Existenzgrundlagen nicht verlieren, zu Wohlverhalten und Anpassung gezwungen.

Für die Aufrechterhaltung jeder Form von Herrschaftsstruktur, das wurde schon erwähnt, hat sich bis heute die Schaffung von Konkurrenzverhalten und die Isolierung der Bevölkerung in nicht grössere Gruppen als die der Kleinfamilie bewährt. Wer weiss denn noch, dass in der Sowjetunion um 1930 allein in Moskau rund 50 000 Menschen, in Leningrad waren es etwa 10 000, in selbstverwalteten Kommunen und Kollektiven von jeweils 50 bis 60 meist jugendlichen Mitgliedern lebten und neben der Hausarbeit auch die Kindererziehung gemeinsam betrieben? Die stalinistische Restauration begann dann auch 1932 mit dem Verbot kollektiven Wohnens, dem Verbot der Eheschei-

**den ersten Schritt. Heute.**

3 Bausparverträge im Wert von je 30.000 Mark. Darin sind bereits jeweils 8.000 Mark eingezahlt. Gewinnen Sie wichtige Staatsinformationen und ein gewichtiges Startkapital.

Das Glück braucht ein Zuhause, bauen wir's auf. **wüstenrot**

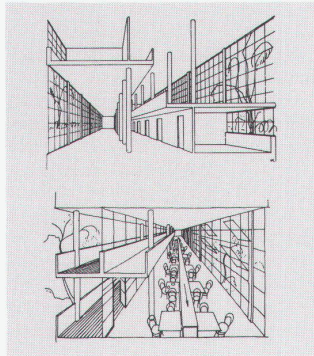


**Finanzierung**

**Erzählen Sie uns Ihren Traum vom eigenen Heim. Gemeinsam können wir ihn vielleicht verwirklichen.**



dung und der Rückgängigmachung des freien Aborts – alles Massnahmen, um die leicht zu manipulierende Kleinfamilie als alleingültige Form des Zusammenlebens wieder zu installieren. – Dass anderswo solche Verbote erst gar nicht ausgesprochen werden mussten, rührt einzig daher, dass in solch breiter Form wie in der noch jungen Sowjetunion sonst nirgendwo mit neuen Formen des Zusammenlebens experimentiert wurde – die in jenen Jahren gebauten und geplanten Kollektiv- und Kommunehäuser legen berechtes Zeugnis ab.

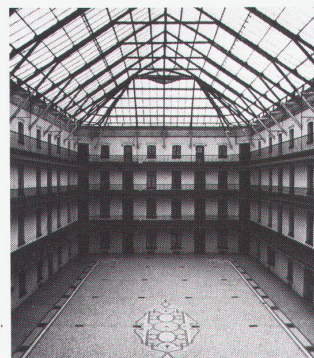


#### 4 Bauliche Voraussetzungen zur Bildung von Mietergemeinschaften

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen gilt es die zu berücksichtigen, dass jeder Mensch neben den allgemeinen, die Gemeinschaft fördernden Sphären auch eine Privatsphäre braucht, in die er sich zurückziehen kann, wenn ihm danach zu Mute ist oder er allein sein will. Diese psychologisch erklärbare Tatsache missachteten viele der in den frühen 60er Jahren gegründeten Kommunen, oder sie fanden oft auch einfach die dafür notwendige Bausubstanz nicht, was meist einer der Hauptgründe ihres frühen Scheiterns war.

Andererseits ist es auch kein Zufall, dass gerade in West-Berlin die Kommunebildung unserer Tage wieder Fuss fasste. Die Befürworter neuer Wohn- und Lebensformen fanden dort in den aus der Gründerzeit stammenden grossen herrschaftlichen Wohnungen und Villen die baulichen Voraussetzungen für ihre Experimente. Das sogenannte «Berliner-Zimmer», ein zentraler Wohnraum von meist über 100 Quadratmetern, diente als zentraler Gemeinschaftsraum und die daran anstossenden Zimmer als Privatsphäre der einzelnen Kommunemitglieder. Auch die Wohnungsgrössen entsprachen zufällig den Idealanforderungen, denn 5 bis 6 erwachsene Paare gelten erfahrungsgemäss als Idealgrösse für Wohngruppen jeder Art. – Für solche Anforderungen aber gibt es heute auf dem Wohnungsmarkt weder Angebote, noch wird dafür gebaut. Die Befürworter gemeinschaftlicher Wohn- und Lebensformen sind deshalb oft gezwungen, das Stadtleben aufzugeben und in leerstehende Bauernhäuser zu ziehen oder selbst zu bauen, was wieder die bekannten Abhängigkeiten an das gegenwärtige Gesellschaftssystem mit sich bringt. Und was noch einschneidender ist: diese Lösungen stehen nur einem beschränkten, privilegierten Kreis der Bevölkerung offen.

Als einer der ersten, der vor über hundert Jahren diese Möglich-



keiten und Annehmlichkeiten einer breiten Masse zugänglich machte, gilt der französische Fourist und Unternehmer Jean-Baptiste Godin, der 1859 im nordfranzösischen Guise mit dem Bau von «Arbeiterpalästen», den von ihm genannten «Familière-Gebäuden», für seine über zweitausendköpfige Arbeiterschaft begann.

Das Hauptmerkmal der Familière-Gebäude sind nicht ihre äusseren Ausmasse, sondern die grossen, mit Glas überdachten, miteinander verbundenen Innenhöfe, die früher gleichzeitig als Gemeinschaftsräume dienten. In ihnen fanden damals regelmässig Festlichkeiten statt, und es wurde ein zwangloses Gemeinschaftsleben geführt, wie es heute in keiner Grossüberbauung mehr anzutreffen ist. Nach Godins Worten, die nur zu wahr sind, «... ist nicht die einzelne Wohneinheit massgebend, es ist die Anordnung zum Ganzen, welche einen Einfluss auf den sozialen Zustand und die Arbeitsbedingungen in menschlicher Hinsicht ausüben.»

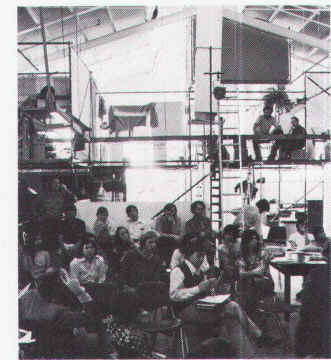
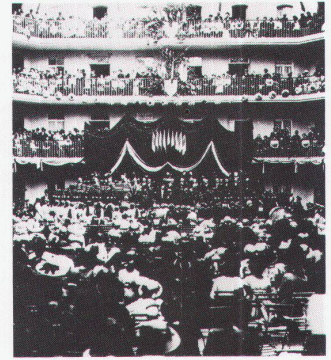
#### 5 Soziokulturelle Zentren – ein Ersatz für Begegnungsorte im Wohnungsnahbereich?

Seit in den Stadtzentren die jahrzehntelang als Treff- und Kommunikationsorte dienenden Kneipen und Kaffeehäuser aus Rentabilitätsgründen ganz verschwinden mussten, entstanden auf Bürger- und Privatinitiative hin seit Ende der 60er Jahre in einigen Städten neue kulturelle Einrichtungen öffentlichen Charakters.

Unter der Bezeichnung «soziokulturelle Zentren», «Kommunikationszentren», «Kulturzentren», «Kommunikations- und Aktionszentren» und dergleichen mehr, verhöhnt aber auch als «multifunktionale Bedürfnisanstalten», entstanden meist auf Privatinitiative und mit halberziger Unterstützung der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik bis heute etwa 25 solcher Zentren. – Anzumerken ist, dass sie nicht auf der Traditionslinie der frühen «Volks Häuser» aus der Arbeiterbewegung liegen, deren Bedeutung in den Nachkriegsjahren praktisch auf Null gesunken ist.

Nach der Soziologin Irene Hübner gilt für die meisten der neuen Kulturzentren der folgende Leitsatz: «Es ist die Kommunikation zu fördern und damit der Vereinzelung entgegenzuwirken...»

Ohne Zweifel könnten die neuen Kulturzentren eine wesentliche Bereicherung des öffentlichen städtischen Lebens darstellen, dann nämlich, wenn nicht nur ein sehr begrenzter Teil der Bevölkerung damit erreicht würde. Heute sind es vor allem Jugendliche, die erwerbstätige Bevölkerung ist unter den Besuchern praktisch kaum vertreten.





**6  
Der Stellenwert des Fernsehkonsums im Tages- und Lebensablauf der erwerbstätigen Bevölkerung**

Untersucht man die Ursachen der mangelnden Kommunikationsbereitschaft und des fehlenden Gemeinschaftslebens in den Städten und den Vororten, dann muss man unbedingt die elektronischen Massenmedien und deren voraussichtliche Weiterentwicklung in die Überlegungen mit einbeziehen, denn nichts hat unsere Lebensform seit der Erfindung des Automobils und dessen Massenproduktion als privates Verkehrsmittel so stark verändert wie dieses neue Massenmedium.

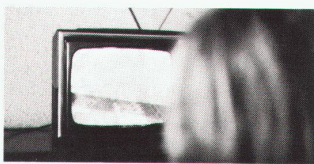
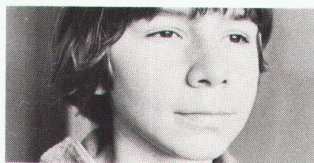
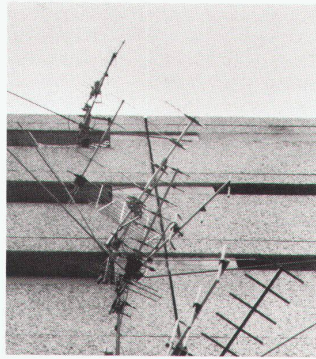
Jedem Berufstätigen stehen heute werktags durchschnittlich 4,3 Stunden freie Zeit zur Verfügung. Wie und wo verbringt der Durchschnittsbürger diese Zeit? Zur Hauptsache in seiner Wohnung und näheren Wohnumgebung, wo rund 70 Prozent der gesamten jährlichen Freizeit verbracht werden. Von dieser bringt es der Durchschnittsbürger heute an Werktagen auf gut drei Stunden Fernsehkonsum; an Wochenenden und in den Ferien gar noch auf mehr.

Der übermässige Fernsehkonsum hat durch seine Auswirkungen nachweisbar wesentlich zum Zerfall der traditionellen Familienstruktur und zur Isolierung der Kernfamilien beigetragen. Das Fernsehen veränderte unseren Lebensstil, beeinträchtigte die Kontakte nicht nur in den Familien, sondern auch zu Freunden und den Nachbarn.

In den hochindustrialisierten Ländern sind die Massenmedien zu einem Faktor geworden, der das alltägliche Verhalten der Menschen entscheidend prägt. Die «industrielle Information», die den Empfänger der totalen Passivität überlässt, hat den Nahbereich entschieden gestört. «Gerade eine Demokratie aber ist darauf angewiesen», so der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, «dass ihre Bürger nicht nebeneinander herleben, sondern ihr Leben gemeinsam, miteinander gestalten.»

**7  
Die Auswirkungen kommender Übertragungs- und Sendetechniken**

Die von der breiten Bevölkerung unbemerkt voranschreitende «Fernsteuerung» wird in den nächsten Jahren durch neu in Einsatz kommende technische Entwicklungen, wie Glasfaser-, Kabel- und Lokalfernsehen, Bildschirmtexte und Direktempfang weltweiter Fernsehprogramme über Satelliten, zweifellos noch weiter perfektioniert und zentralisiert werden.



Mit der Programmluft wird auch die Wahrscheinlichkeit zunehmen, dass jeder Fernsehkonsument stets ein Programm findet, das seinen Anschauungen entspricht und das seine Weltansicht bestätigt. Auf die Dauer bedeutet dies aber eine Einengung des eigenen Blickfeldes. Der Zuschauer – als mündiger Bürger gesehen – büsst an Eigenständigkeit und Kritikfähigkeit ein; er vermag immer weniger andere Standpunkte zu akzeptieren, sie zu verstehen und zu respektieren. Die Gefahr, weniger tolerant gegenüber Andersdenkenden, aber auch manipulierbarer zu werden, wird immer grösser.

**8  
Die hausinterne direkte Kommunikation durch bauliche Voraussetzungen fördern**

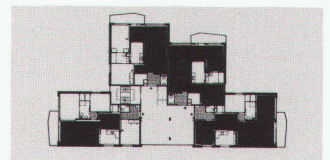
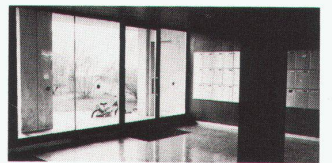
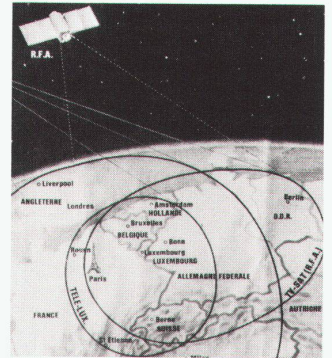
Wie kann der gefährlichen Entwicklung durch die elektronischen Massenmedien begegnet werden, und was können bauliche Massnahmen dazu beitragen? Mit Bestimmtheit sehr viel. Als erstes sollten im Wohnungsbau die direkt den Wohnungen vorgelagerten Flächen und Räume so grosszügig ausgebaut und dimensioniert werden, dass sie nicht mehr als anonyme Zugangswege in Erscheinung treten. So vergrössert, würden sie unweigerlich zur Mitverwendung, Mitbenützung des privaten Wohnraums animieren.

Zu Recht wird sich sofort die Frage aufdrängen: wer wird oder muss die Mehrkosten solcher Bauweisen tragen, und wollen die Mieter überhaupt solche Gemeinschaftsflächen? Andersrum kann die Frage natürlich auch lauten: dient es wirklich der Entwicklung eines Gemeinschaftslebens, und können wir die zukünftigen Probleme dadurch lösen, dass wir die einzelnen Wohnungen immer grösser und luxuriöser ausbauen?

**9  
Das Wohnexperiment in Utrecht**

1970/71 wurden im Utrechter Vorort Overvecht nach den Plänen des damaligen Leiters des städtischen Bau- und Wohnungsdienstes, Architekt Jansen, in einer Überbauung mit vier- und siebengeschossigen Mehrfamilienhäusern insgesamt 168 Dreis- bis Vierzimmerwohnungen innerhalb der Bestimmungen des experimentellen Wohnungsbaus erstellt.

Was die Überbauung zum staatlich besonders geförderten Wohnbauexperiment machte, waren vor allem die «offenen» Wohnungsgrundrisse und weniger die gemeinschaftlichen Stockwerkhallen vor den Wohnungseingängen, die die Überbauung später so bekannt machten und die zu bauen erst gar nicht ge-





plant war. Die Entscheidung, diese Gemeinschaftshallen zu bauen, fiel auf kuriose Weise, als der mit der Bauausführung beauftragte Unternehmer der Stadtverwaltung vorrechnete, dass, wenn anstelle der zurückspringend geplanten Nordfassaden gerade durchlaufende gebaut würden, die Fassadenabwicklung kürzer und die Häuser dadurch billiger gebaut werden könnten. Diesen Überlegungen folgte die Bauverwaltung, und so entstanden die sich später so gut bewährenden Stockwerkhallen mehr oder weniger zufällig.

Nach dem Einzug der Bewohner wurden die Hallen zuerst von den Kindern als zusätzliche Spielflächen genutzt. Darauf folgten die Erwachsenen und verlegten einen Teil des Wohnens nach aussen. Es entstanden vielfältige Kontakte, und es wurden Hilfsorganisationen aufgebaut. Die Kinderbeaufsichtigung wurde abwechselnd von verschiedenen Müttern übernommen und auch ältere, kinderlose Bewohner beteiligten sich daran.

Dass mit solchen Vorhallen die Trennungslinien zwischen gemeinschaftlichen und privaten Flächen fließend verlaufen und nicht einfach vor den Wohnungstüren haltmachen, zeigt das Beispiel der offenen Wohnungstüren, das sich als «Code» beinahe auf allen Geschossen einbürgerte. Steht eine Wohnungstüre auf, so bedeutet dies, dass die Bewohner nichts gegen Besuche haben und jedermann eingeladen ist einzutreten. Ist dagegen eine Wohnungstüre zu, so möchten die Bewohner nicht gestört werden, was allseits respektiert wird.

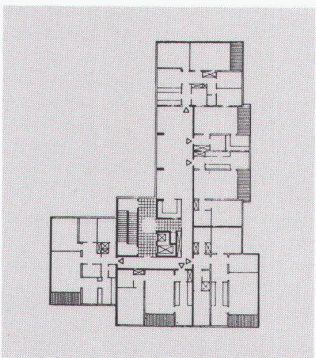
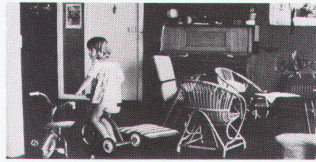
Das Beispiel aus Utrecht zeigt, dass dort, wo mieterverbindende Flächen an der richtigen Stelle vorhanden sind, diese von den Bewohnern auch genutzt werden und ein vielfältiges Gemeinschaftsleben entstehen lassen.

10

Weitere Beispiele mieterverbindender Gemeinschaftseinrichtungen

Zu den weiteren Beispielen, wo mieterverbindende Gemeinschaftsflächen vor Baubeginn eingeplant wurden, zählen die «Familienetagen» in der Westberliner Sozialwohnungsüberbauung Lichtenrade-Ost.

Auf 32 Etagen wurden dort Gemeinschaftsflächen von 33 bis 65 Quadratmeter Grösse eingerichtet. Eine wichtige Voraussetzung des Gelingens dieses Versuchs fehlte allerdings: Nicht alle Wohnungen haben einen direkten Zugang zu den Gemeinschaftsflächen. Und dies ist einer der Hauptgründe, warum die Familienetagen, wie Pfarrer Reinhart Kraft, der Initiator dieses Wohnpro-



jekts, sagt: «... im Normalfall nicht funktionieren.»

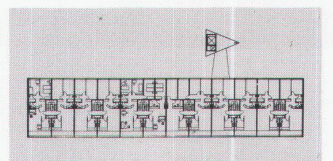
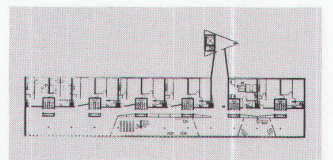
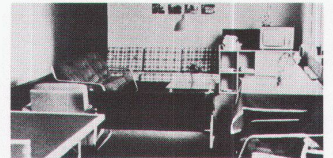
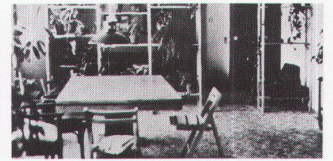
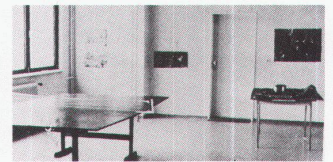
Nach Pfarrer Kraft funktionieren sie u.a. deshalb nicht, weil beispielsweise «kinderlose Erwachsene (müde und gestresst) von der Arbeit nach Hause kommen (direkt ihre Wohnungen aufsuchen), ein Nickerchen machen und dann enttäuscht sind, wenn ab 18 Uhr keine Kommunikation stattfindet». In Familien mit Kindern haben die «Eltern meist erst dann Zeit, wenn die Kinder im Bett sind, also frühestens ab 20 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt sind aber die Kinderlosen dann schon oft resigniert in die Stadt gefahren...»

Die meisten Konflikte entstehen wegen «des Reinigens der Gemeinschaftsräume und der Geräuschbelästigung», denn «je weniger ein Raum benutzt wird, desto komplizierter scheint es zu sein, (sich) über die Reinigung zu einigen». – Sehr eindeutig scheint dies deshalb so zu sein, weil die nicht direkt mit ihren Wohnungen an die Gemeinschaftsflächen anstossenden Bewohner sich dafür als nicht zuständig fühlen. Um ein Funktionieren der Familienetagen zu garantieren, sollten deshalb «alle Wohnungen unbedingt unmittelbar am Gemeinschaftsraum liegen».

Welche Bedeutung der Lage der Gemeinschaftsräume zum Ganzen für das Gelingen solcher Wohnexperimente zukommt, illustrieren zwei Bauwerke von Oskar Niemeyer und Le Corbusier, bei denen trotz genügend grossen Gemeinschaftsflächen keine Hausgemeinschaften entstanden, weil die dafür vorgesehenen Flächen zu isoliert in den Gebäuden und nicht direkt an die Wohnungen anschliessend gebaut wurden.

Das eine der beiden Bauwerke ist das in West-Berlin von Niemeyer 1957 für die Interbau-Ausstellung im Hansaviertel errichtete 7geschossige Wohngebäude. Auf allen – bis auf das fünfte – Geschossen liegen jeweils zwei Wohnungen an einem Treppenhof; im fünften dagegen nur je eine. «Die Westseite dieses Stockwerkes ist den Gemeinschaftsräumen vorbehalten, die, durch Glaswände unterteilt, den Bewohnern verschiedenste Erholungs- und Kontaktmöglichkeiten bieten.» Auf diesem Geschoss sollte nach Niemeyer «das Streben deutlich werden, die in einem Gebäude zusammengeführten Wohnzellen zu einem Gemeinwesen werden zu lassen».

Doch was geschah in Wirklichkeit? Die Bewohner des fünften Geschosses mit den Gemeinschaftseinrichtungen vor den Türen beschwerten sich bei der Hausverwaltung über unzumutbare Störungen und Lärmentwicklungen – als nichts anderes empfinden sie das Gemeinschaftsleben. – Seit einiger Zeit ist die Gemeinschaftsfläche öde und verlassen. Eine restriktive Hausordnung





verhindert ausserdem ein eventuelles Wiederaufkommen dieser Fläche zu einem Kommunikationsort.

Nicht viel besser erging es der Idee Le Corbusiers, in den von ihm erbauten «Unités d'Habitation» in Marseille, Nantes und Berlin Gemeinschaftsräume einzurichten. Teilweise auf dem Dach, aber auch – wie in Marseille – auf dem siebten und achten Geschoss angesiedelt, führten diese Räume nicht zu den «vertikalen Gemeinden», die Corbusier bei der Planung vorschwebten.

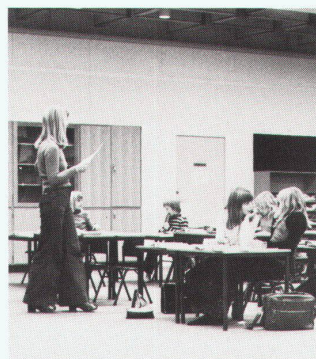
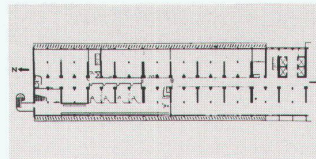
Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen allein nicht genügt, Gemeinschaften und Kommunikation unter den Bewohnern zu erzeugen. Von grosser Bedeutung ist, dass sie auch an den richtigen Orten geplant sind. Dort wo jedermann täglich und zufällig vorbei muss, will er in seine Wohnung gelangen. Und zusätzlich ist es natürlich von grösster Bedeutung, ob die Bewohner untereinander überhaupt Kontakte wünschen und ob sie dazu fähig sind, miteinander zu kommunizieren.

**11  
Der Einfluss der Erziehung auf das soziale und kommunikative Verhalten**

Neben den baulichen Voraussetzungen, die bei Erwachsenen Kontakte und Gemeinschaften nur auf indirektem Wege und durch Zufall herbeiführen können, ist für die Zukunft – wenn nicht für den Weiterbestand der Menschheit überhaupt – die Erziehung zu sozialem Verhalten vom Kleinkindesalter an von viel grösserer Wichtigkeit, denn letztendlich wird zu diesem Zeitpunkt der Gesamtcharakter der nächsten Generation geformt.

Wie traurig es heute in dieser Hinsicht nicht nur in unseren Schulen, sondern auch in den Familien aussieht, wissen wir alle. Hartmut von Hentig, einer der bedeutendsten Pädagogen unserer Zeit, hat das zutreffend so formuliert: «...heute kommen die Kinder mit einer erschreckend unterentwickelten Fähigkeit zur Sozialität in die Schule. Die Schule selbst ist in einem ebenso erschreckendem Mass ungeeignet, ihnen dabei zu helfen, befriedigende soziale Erfahrungen zu machen, und wirkt als negatives Vorbild auf die Gemeinschaft der Schüler» – und der nächsten Generation.

Hier müsste der Hebel zur Formung einer überlebensfähigen Gesellschaft, in der die einzelnen Mitglieder miteinander kooperieren und nicht in Konkurrenz stehen, angesetzt werden. Nur eine dazu fähige Gesellschaft kann letztendlich die baulichen Voraussetzungen für ein kommunikatives Leben mit zwischenmenschlichen Beziehungen auch sinnvoll nutzen.



**12  
Der gegenwärtige Trend, Gemeinschaftsflächen ausserhalb der Häuser zu schaffen**

Die heutige Tendenz, in den Wohnquartieren den Verkehr zu «beruhigen» und verkehrsarme oder verkehrsfreie «Wohnstrassen» einzurichten, ist unbestritten ein wichtiger Schritt zu mehr Wohn- und Lebensqualität. Nur: Autos, die aus der einen Strasse verbannt werden, tauchen zum Ärger anderer Anwohner dafür vermehrt in den angrenzenden Nebenstrassen auf.

Was die Hofsanierungen anbelangt, die ebenfalls ein wichtiger Teil der «Wohnumfeldverbesserung» sind, so scheinen diese Massnahmen vielversprechender als die «Verkehrsberuhigungen» der Strassen zu sein, handelt es sich doch dabei oft um eine echte Nutzbarmachung brachliegender oder zerstückelter privater Freiflächen. Allerdings müssen die Sanierungskosten, die eine Wertsteigerung der umliegenden Häuser bedeuten, grösstenteils von den Mietern in Form höherer Mietzinse selbst erbracht werden.

Was aber «Wohnstrassen» wie Hinterhofsanierungen in Hinsicht auf eine Erweiterung von öffentlichen, kommunikationsfördernden und anwohnerverbindenden Freiflächen recht bedeutungslos macht, ist die einseitige Art ihrer Verwendung durch die Anwohner. Teils durch das Klima und die Witterung bedingt, reicht es oft zu nicht mehr als gelegentlichem Würstchenbraten an schönen Feierabenden oder -tagen, und auch das nur während eines beschränkten Teils des Jahres.

Auch die Möglichkeiten ständiger aktiver Betätigungen sind, wenn die Umbauarbeiten einmal abgeschlossen sind, kaum vorhanden. So bleiben denn bis heute in den meisten Fällen die Phasen der Planung und der Umwandlung für Kontakte und neue Bekanntschaften zwischen den Anwohnern die am förderlichsten. – Einmal realisiert, führten «Wohnstrassen» wie Hofsanierungen kaum zu nennenswerten weiteren Aktivitäten oder zur Bildung echter Nachbarschaften.

«Könnten Nachbarschaften, sobald man ihnen gewisse Freiheiten gewährt, nicht die hochheiligen Pläne der grossen Politiker, der nationalen Führungskräfte in Gefahr bringen?» fragen die beiden Autoren des Buches «Nachbarschaftshilfe», David Morris und Karl Hess. Ihre Antwort darauf ist die, dass «das wachsende Bedürfnis der Menschen, mehr zu sein als Marionetten in den Plänen der Machtpolitiker, deren Vorstellungen von grossangelegten und zentrierten Machtbereichen zunehmend in Frage stellt und das Ende derselben langsam aber sicher näherkommt».

